

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Der Weg zur Neuwahl des Bundestags ist frei

GABRIELA HEINRICH:

"Wir brauchen nur Gas, Strom und ein Fundament"

CARSTEN TRÄGER:

Mehr Geld für Beschäftigte und Familien

MARTINA STAMM-FIBICH:

Mutterschutz bei Fehlgeburten ausweiten

JAN PLOBNER:

Das Deutschlandticket bleibt auch 2025 erhalten

Der Weg zur Neuwahl des Bundestags ist frei

Am Montag dieser Sitzungswoche hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt und damit den Weg für vorgezogene Bundestagswahlen am 23. Februar frei gemacht. Die Entscheidung über den künftigen Kurs unseres Landes liegt dann in den Händen der Bürgerinnen und Bürger. Mit einer starken Rede zeigte der Kanzler auf, wofür die SPD steht.

DIE VERTRAUENSFRAGE

Die Vertrauensfrage ist in Deutschland vor allem eine Möglichkeit, eine vorgezogene Bundestagswahl herbeizuführen. Das ist eine Lehre aus der Zeit der Weimarer Republik: Kein Verfassungsorgan allein soll über vorgezogene Neuwahlen entscheiden können. Die Entscheidung liegt zwar beim Bundespräsidenten, allerdings muss es für diese Entscheidung besondere Gründe geben: wenn es nach einer Bundestagswahl nicht gelingt, einen Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin zu wählen, oder der Bundestag dem Bundeskanzler bei einer Vertrauensfrage nicht das Vertrauen ausspricht.

Nach dem Bruch der Ampel-Koalition aufgrund der gezielten und dauerhaften Blockade der Regierungsarbeit durch die FDP besteht seit Anfang November keine Regierungsmehrheit mehr im Bundestag. Um eine grundlegende Entscheidung der Wählerinnen und Wähler über den künftigen Kurs unseres Landes zu ermöglichen, hat Olaf Scholz deshalb im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Das Ergebnis: 207 Abgeordnete – darunter die gesamte SPD-Bundestagsfraktion – sprachen dem Kanzler das Vertrauen aus. 394 Abgeordnete stimmten mit



Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner starken Rede zur Vertrauensfrage im Bundestag.

Nein, 116 enthielten sich. Nun kann Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über Neuwahlen entscheiden.

DIE BUNDESTAGSWAHL WIRD EINE RICHTUNGSENTSCHEIDUNG

Olaf Scholz hat es in seiner Rede auf den Punkt gebracht. Am 23. Februar entscheidet sich die Frage: „Trauen wir uns zu, als starkes Land kraftvoll in unsere Zukunft zu investieren? Oder setzen wir unsere Zukunft aufs Spiel?“

Es geht darum, ob wir künftig sowohl Investitionen tätigen, die Ukraine weiter unterstützen und „gute Gesundheit und Pflege, stabile Renten und leistungsfähige Kommunen“ ermögli-

chen, oder ob beides gegeneinander ausgespielt wird.

Der Bundeskanzler warb vehement für mehr Investitionen. „Jetzt. Nicht irgendwann. Sonst ziehen wir im Wettbewerb den Kürzeren.“ Er schlug vor, die Energiepreise zu stabilisieren, einen Deutschland-Fonds und eine Modernisierung der Schuldenbremse für Investitionen in Deutschlands Erneuerung und Sicherheit. Gleichzeitig betonte er den Anspruch der Bürger auf Respekt für ihre harte Arbeit. Deshalb kämpfen wir für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, mehr Unterstützung für unsere Familien und steuerliche Entlastungen von 95 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

„Wir brauchen nur Strom, Gas und ein Fundament“

Anfang Dezember habe ich Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze bei einer Reise in die Ukraine begleitet. Diese Dienstreise war anders als alle anderen, die ich unternommen habe.

Es ging schon damit los, dass ich nicht nach Kiew fliegen konnte, sondern aus Polen zehn Stunden mit dem Zug hingefahren bin (und nochmal zehn Stunden zurück). Überhaupt war ich noch nie in einem Land, das sich gerade gegen einen Angriffskrieg verteidigt.

Svenja Schulze hat während der Reise (natürlich letztlich symbolisch) Teile des sogenannten [Winterpakets](#) übergeben. Konkret waren es 80 mobile Blockheizkraftwerke, über 20 mobile Heizkesselhäuser, Transformatoren und Generatoren sowie Hebebühnen, um Stromleitungen zu reparieren. 2,6 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer erhalten damit im dritten Kriegswinter lebenswichtige Wärme und Strom. Wladimir Putin bombardiert gezielt zivile Infrastruktur, um die Menschen zu zermürben. Mittlerweile ist die Hälfte der Energieversorgung der Ukraine zerstört oder beschädigt. Beim Wiederaufbau von Stromleitungen, Kraftwerken und bei der Energieversorgung von Krankenhäusern zu helfen, halte ich für wesentlich zielführender als diese ewige Taurus-Debatte.

Ein paar Eindrücke der Reise

Unter anderem waren wir im Kinderkrankenhaus Okhmatdyt. Ein massi-

ver russischer Raketen-Angriff hatte es im Juli zerstört. Mittlerweile ist vieles wieder aufgebaut – auch mit Hilfe des BMZ. Die seelischen Wunden der Menschen heilen langsamer: Ein Arzt hat mir erzählt, er leide immer noch darunter, dass ihm Kinder zur Heilung anvertraut wurden, die dann während des Angriffs zusammengebombt wurden.

Überrascht war ich von der ukrainischen Tüchtigkeit und Findigkeit! Ingenieure haben lapidar gesagt, dass sie für die Reparatur eines Blockheizkraftwerks letztlich nur Strom, Gas und ein Fundament brauchen. Hier hilft die Unterstützung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ganz direkt.

Schwer beeindruckt war ich über die Digitalisierung in der Ukraine. Das Land ist in dieser Hinsicht Vorreiter, von dem man sich eine Scheibe abschneiden kann. Zugegebenermaßen musste die Ukraine durch den Krieg digitaler werden, um den Staat weiterhin funktionieren zu lassen. Die Apps „Diiia“ und „Reserve plus“ lassen sich nutzen, um in Kontakt zu bleiben, Geld zu überweisen, Anträge bei den Behörden zu stellen usw. Sogar heiraten kann man mittlerweile digital. Das ist natürlich aus der Not geboren, wenn einer der Eheleute an der Front ist.

Mein Fazit ist einfach wie klar: Wir dürfen nicht nachlassen, die Ukraine auch mit zivilen Mitteln zu unterstützen. Das BMZ leistet hier hervorragende Arbeit.



Entwicklungsministerin Svenja Schulze bei ihrem Besuch Anfang Dezember im Okhmatdyt-Kinderkrankenhaus in Kiew.

Foto: Köhlerphotothek



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mehr Geld für Beschäftigte und Familien

Diese Woche ist ein wichtiger Erfolg vor der Bundestagswahl gelungen: Mit dem Beschluss des Steuerfortentwicklungsgesetzes können wichtige Entlastungen für Beschäftigte und Familien zum Jahreswechsel in Kraft treten: zum Beispiel niedrigere Steuern und höheres Kindergeld. Aber in der Steuerpolitik gibt es noch vieles zu tun!

Familien und Beschäftigte sind die Leistungsträger und Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft. Damit sie mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten besser zurechtkommen, entlasten wir sie und steuern finanzpolitisch gegen: Zusammen mit den Fraktionen von Grünen und FDP haben wir uns auf ein Entlastungspaket für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere für Familien geeinigt.

Es ist gut, dass die FDP jetzt wenigstens im allerletzten Moment diesen wichtigen Entlastungen zugestimmt hat, nachdem sie das Gesetz über Monate in der Koalition blockiert hatte. Dass sie die Maßnahmen aus der Wachstumsinitiative zur Förderung der Wirtschaft, für die wir uns in den Verhandlungen stark gemacht haben, nicht mittragen wollte, ist sehr bedauerlich. Es ging um die Förderung der E-Mobilität, eine verbesserte Forschungsförderung und bessere Abschreibungsregelungen. Wir setzen uns weiter für die arbeitende Mitte in diesem Land ein, aber ohne FDP oder Union wird es keine Mehrheiten geben.

NIEDRIGERE STEUERN

Bei der Einkommensteuer steigt der Grundfreibetrag in 2025 um 300 Euro auf 12.084 Euro, in 2026 um weitere 252 Euro auf 12.336 Euro. Der Kinder-



MARTAPOSEMUCKEL / PIXABAY

freibetrag steigt zusätzlich 2025 um 60 Euro auf 6.672 Euro und ab 2026 um weitere 156 Euro auf 6.828 Euro. Zudem wird der Steuertarif angepasst, um die kalte Progression auszugleichen, damit die Beschäftigten mehr Geld in der Tasche haben.

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Das Kindergeld erhöhen wir ebenfalls: Auf 255 Euro für jedes Kind ab Januar 2025 und auf 259 Euro ab Januar 2026. Der Sofortzuschlag, der die Chancen für Kinder und Jugendliche zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Teilnahme an Bildung und am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern, steigt auf 25 Euro. Und wir verankern im Einkommensteuergesetz, dass Kindergeld und Kinderfreibetrag künftig weiter zeitgleich steigen.

WAS NOCH ZU TUN IST

Das Steuerfortentwicklungsgesetz ist wichtig und wird vierköpfigen Familien schnell rund 100 Euro Entlastung im Monat bringen. Aber es ist nur das wirklich nötigste, für das eine Mehrheit im Bundestag möglich war. Für uns gibt es noch viel mehr zu tun in der Steuerpolitik: Das aktuelle Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern.

Wir wollen die große Mehrheit – etwa 95 Prozent – durch niedrigere Einkommensteuern entlasten. Während Beschäftigte und Familien mit den gestiegenen Preisen kämpfen, sind die Vermögen der Superreichen selbst während der Pandemie und in der Hochzeit der Inflation enorm gewachsen. Deshalb wollen wir die ausgesetzte Vermögensteuer für Vermögen über 100 Millionen Euro revitalisieren, die Abgeltungssteuer abschaffen und Einkommen aus Kapital wieder über den Einkommensteuertarif besteuern sowie eine Finanztransaktionssteuer einführen.

Derzeit gibt es für eine solche gerechte Steuerpolitik im Bundestag keine Mehrheit. Wir kämpfen dafür, dass das nach der Bundestagswahl anders ist.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich



Den Mutterschutz bei Fehlgeburten ausweiten

In Deutschland haben Frauen, die bis zur 24. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, bisher keinen Anspruch auf Mutterschutz. Dabei ist eine Fehlgeburt eine große psychische und körperliche Belastung. Das wollten 22.383 Bürgerinnen und Bürger mit einer Petition ändern und hatten damit insoweit Erfolg, dass der Petitionsausschuss sich der Forderung einstimmig mit höchstem Votum anschloss und der verbesserte Mutterschutz in Form eines Gesetzentwurfes von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag in 1. Lesung debattiert wurde.

Ziel unseres Gesetzentwurfes ist es, den Mutterschutz auf Frauen auszuweiten, die ab der 15. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden. Damit soll den betroffenen Frauen in dieser physisch und psychisch belastenden Zeit die Möglichkeit einer längeren Regenerations-

phase gegeben werden, sofern sie dies wünschen. Die Dauer des Mutterschutzes soll bei einer Fehlgeburt nach der 15. Schwangerschaftswoche zwei Wochen betragen, ab der 17. sechs Wochen und ab der 20. acht Wochen.

Während des Mutterschutzes haben Frauen Anspruch auf Mutterschaftsgeld, um ihr Einkommen zu sichern. Arbeitgeber zahlen in der Regel die Differenz zum Nettolohn. Laut Entwurf sollen dem betroffenen Arbeitgeber die mutterschutzrechtlichen Leistungen vollständig erstattet werden. Dadurch soll Diskriminierung bei der Neueinstellung von Frauen entgegengewirkt werden.

Wenn der Gesetzentwurf noch in dieser Wahlperiode verabschiedet wird, treten die neuen Regelungen ab dem 1. Juni 2025 in Kraft.

Schutzschild für den Staat

Rechte Regierungen in Polen und Ungarn haben es gezeigt: Populisten und radikale Kräfte bekämpfen die Demokratie, indem sie die Verfassungsgerichte lahmlegen wollen.

Das lassen wir nicht zu, denn das BVerfG ist seit 75 Jahren Schutzschild unserer Demokratie und für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

unverzichtbar. Deshalb haben wir die Regeln zum BVerfG im Grundgesetz (zukünftig 2/3 Mehrheit nötig für Änderungen) verankert und sichern es damit besser ab gegen mögliche Angriffe von Verfassungsfeinden.

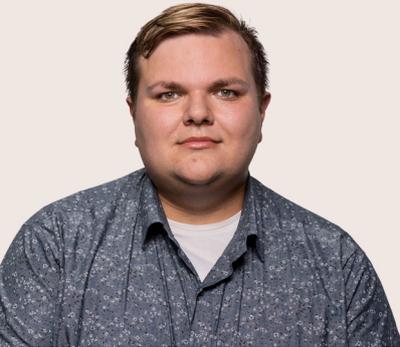
Dadurch bleibt das BVerfG auch beim Erstarken von radikalen Kräften handlungsfähig im Dienste unserer Demokratie und uns allen.

Mietpreisbremse soll verlängert werden

Was jahrelang von der FDP blockiert wurde, haben wir jetzt auf den Weg gebracht: Die Mietpreisbremse, die Ende 2025 ausläuft, wollen wir verlängern. Die Mietpreisbremse ist ein wichtiges Instrument gegen zu hohe Mieten. Laut Mietpreisbremse darf die Miete bei Neuvermietung in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Eine Verlängerung ist noch in dieser Legislaturperiode erforderlich, damit in den betroffenen Regionen nicht über mehrere Monate die Mietpreisbremse ausfällt.

Regelung der Fraktionsarbeit

Über die Praxis, wie die Fraktionen die Gelder für die politische Informationsarbeit nutzen dürfen, herrscht jetzt Klarheit. Das Abgeordnetengesetz wurde geändert. Zukünftig gilt: Die Fraktionen können frei über Mittel, Ort, Zeit und Häufigkeit der Informationsangebote entscheiden. Fraktionsgelder dürfen nicht für Parteiarbeit – insbesondere Wahlkampfzwecke – eingesetzt werden. Deswegen muss ab sechs Wochen vor Bundestags- oder Europawahlen ein besonderer parlamentarischer Anlass für Öffentlichkeitsarbeit bestehen.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Das Deutschlandticket bleibt auch 2025 erhalten

Das Deutschlandticket ist einer der größten verkehrspolitischen Erfolge der letzten Jahre. Mit über 13 Millionen Nutzer:innen bietet das Ticket günstige und klimafreundliche Mobilität für einen großen Teil der Menschen in diesem Land. Dennoch stand das Ticket einige Zeit lang auf der Kippe. Sowohl von Markus Söder als auch von Friedrich Merz wurde die Fortführung des Tickets noch im November in Frage gestellt. Nun ist aber klar: Die SPD und Bundeskanzler Olaf Scholz haben ihr Versprechen gehalten. Das Deutschlandticket wird auch 2025 fortgeführt.

Finanzierungsfragen geklärt

Offen war bislang, wie das Deutschlandticket im kommenden Jahr finanziert werden soll. Gemeinsam mit den Fraktionen der Grünen und der CDU/CSU konnten wir uns darauf einigen, die Finanzierung durch eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes sicherzustellen. Den Ländern wird ermöglicht, nicht genutzte Regionalisierungsmittel des Bundes aus 2023 und 2024 in das jeweils darauffolgende Jahr zu übertragen, um die Finanzierung des Deutschlandtickets sicherzustellen. So kann auch garantiert werden, dass der ab 1. Januar 2025 geltende Preis von 58 Euro pro Monat nicht kurzfristig angehoben werden muss. Eine ursprüngliche Verschiebung von 350 Millionen Euro aus regulären Regionalisierungsmitteln von 2025 auf 2026 wird zurückgenommen, sodass den Ländern für das Jahr



2025 die vollständige Summe zur Verfügung steht. Außerdem können die Länder weiterhin rabattierte Deutschlandtickets etwa für Schüler:innen, Auszubildende, Senior:innen und Geringverdienende aus Regionalisierungsmitteln finanzieren.

Deutschlandticket weiterhin wesentlich günstiger

Seit Mai 2023 ermöglicht das Deutschlandticket, bundesweit den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr nutzen zu können. Trotz der Erhöhung des Preises von 49 auf 58 Euro geht Verkehrsminister Wissing nicht davon aus, dass viele Menschen das Abo deswegen kündigen werden.

Das Deutschlandticket ist auch aufgrund seiner Einfachheit bei 96 Prozent der Nutzer:innen beliebt. Außerdem ist der Preis weiterhin wesentlich günstiger als zuvor. Insbesondere im

ländlichen Raum führt die Bündelung mehrerer Tickets zu einem bundesweiten Angebot dazu, dass Menschen nicht mehr 200 Euro oder mehr für ein Nahverkehrsabo ausgeben müssen.

Zukunft über 2025 hinaus unsicher

Wie es ab 2026 mit dem Deutschlandticket weitergehen wird, muss die neue Bundesregierung gemeinsam mit der neuen Regierungskoalition verhandeln. Die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen hatte ursprünglich weitergehende Regelungen zum Deutschlandticket vorgelegt, die das Ticket langfristig verstetigen sollten. Leider hat sich die Union diesen Vorschlägen verweigert. Damit tragen die Unionsfraktionen dem Wunsch der Menschen keine Rechnung und stellen sich auch gegen die Interessen der Verkehrsverbände und Bundesländer, die wie wir für ein dauerhaftes Angebot des Deutschlandtickets plädieren.

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir zum Deutschlandticket und werden uns weiter dafür einsetzen, dass es langfristig angeboten und weiterentwickelt wird. Wir brauchen grundsätzlich mehr Verlässlichkeit, um das Ticket noch attraktiver für die Bürger:innen zu gestalten.

Wichtig dabei ist, dass der Preis langfristig auf gleichbleibendem Niveau garantiert wird. Nur so überzeugen wir Menschen, die noch kein Abo abgeschlossen haben, sich ebenfalls ein Deutschlandticket zuzulegen.